

# Antreiber Draghi



## Von Tobias Piller

Die Justizreform ist halbwegs gelungen, doch der Zeitplan für die Steuerreform wankt.

Namhafte italienische Persönlichkeiten äußern derzeit große Sorge um das Reformprogramm von Italiens Ministerpräsident Mario Draghi. Der sonst so diplomatisch auftretende EU-Kommissar Paolo Gentiloni drückte sich kürzlich sehr deutlich aus. „Ich frage mich, ob in Italien klar ist, was auf dem Spiel steht“, sagte er. Der europäische Aufbaufonds sei „eine außergewöhnliche Chance, aber es besteht die Gefahr, daran zu scheitern“. Der Präsident des Unternehmervverbandes Confindustria, Carlo Bonomi, ist noch skeptischer: „Ich fürchte, dass die Regierungspolitik blockiert wird, aber das können wir uns nicht erlauben.“

Ausnahmsweise geht es in Italien nicht, wie oft, um einen zaudernden, reformunwilligen Ministerpräsidenten, der mit Blick auf den nächsten Wahltermin unangenehme Entscheidungen vor sich herschiebt. Dieses Mal sind die Rollen anders verteilt: Draghi hat Eile, Italien umzukrempeln. Das gebieten ihm der Blick auf sein Heimatland aus der Perspektive des international erfahrenen

Ökonomen, aber auch Roms Reformversprechen für den Erhalt der Gelder aus dem EU-Aufbaufonds.

Italiens Politiker hatten eigentlich Unterstützung für Draghi zugesagt, in einer breiten Koalition aus Lega, Berlusconi's Forza Italia, den Mitte-links orientierten Demokraten und der Fünf-Sterne-Bewegung. Doch die Parteipolitiker tun jeden Tag so, als gehe sie Draghi's Regierungspolitik nichts an. Jeden Tag versucht jeder der Parteichefs, mit irgendeiner Äußerung Aufmerksamkeit zu erregen, sei es für oder gegen Einwanderung, für oder gegen die Corona-Impfung. Jeder versucht, in der Öffentlichkeit als derjenige dazustehen, der Draghi Konditionen diktieren kann. Als „Politik des Neins gegen irgendwas“ wird dieses Gebaren vom italienischen Kommentator Mario Seminerio verspottet. So- lange die großen Koalitionsparteien und ihre Vorsitzenden – der Demokrat Enrico Letta, Lega-Führer Matteo Salvini und der neue Chef der Fünf-Sterne-Bewegung, Giuseppe Conte – nicht selbst an der Reformmission von Ministerpräsident Draghi teilhaben wollen, wird es schwer, in Rom kraftvolle und zukunftsweisende Veränderungen durchzusetzen.

Draghi's Regierung begann ihr Reformprogramm mit der Justiz, denn deren Langsamkeit unterminiert nicht nur die Fassade der Rechtsstaatlichkeit in Italien, sie kostet das Land nach Aussage von Draghi jedes Jahr einen Prozentpunkt Wirtschaftswachstum. Doch nicht die angestrebte Neuorganisation der Gerichte beflügelte die Diskussion, sondern vor allem die Frage nach der Verjährung von Straftaten. Denn die Fünf-Sterne-Bewegung hatte vor einem Jahr mit populistischen Argumenten jegliche Verjährung abgeschafft und den Richtern unendlich viel Zeit eingeräumt. Draghi wollte das Gegenteil und konnte sich auch ein Stück weit durchsetzen. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, der in die richtige Richtung weist, trotzdem viele Wünsche offenlässt und deswegen schwerlich als

wirklich zukunftsweisende Wende verkauft werden kann.

*Die Justizreform ist halbwegs gelungen, doch der Zeitplan für die Steuerreform wankt.*

Ähnliches droht der nächsten großen Reform: Eigentlich für die Tage vor den Sommerferien hatte Draghi eine umfassende Steuerreform angekündigt. In Italien gibt es hohe Einkommensteuersätze für den bürgerlichen Mittelstand, daneben vielerlei Ausnahmen und Abzugsmöglichkeiten. Zudem hat jede Partei für ihre Klientel Sonderregeln eingeführt, etwa die Lega eine „Flat Tax“ von 15 Prozent für selbständige Jahreseinkommen bis 60 000 Euro, der ehemalige Demokrat Matteo Renzi einen Steuerbonus von 1000 Euro für abhängig Beschäftigte mit kleinen Einkommen. Daneben gibt es unterschiedliche Steuersätze für Finanzanlagen. Gegen ein einfaches, klares Steuersystem gibt es viele Widerstände. Das Gleiche gilt für die geplante Einführung eines schlüssigen Systems von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld, eine Voraussetzung für einen funktionierenden Arbeitsmarkt und die Umstrukturierung maroder Unternehmen.

Zu Hilfe kommt Draghi seine Beliebtheit und sein Gespür für Machtpolitik. In Detailfragen ist er zu Kompromissen bereit. Bei den Grundprinzipien bleibt er hart. Er kann sich das erlauben, weil er nicht am Amt klebt und kein Parteipolitiker wagen könnte, ihn zu stürzen. Dennoch bleibt ihm viel zu wenig Zeit für seine Reformen. Schon die Neuwahl von Italiens Staatspräsidenten Anfang 2022 wird eine Zäsur. Vielleicht schon im nächsten Frühjahr, spätestens aber 2023 wird ein neues Parlament gewählt. Da wird zu einer Ironie der italienischen Geschichte, dass der weitsichtige Reformler Draghi nach kurzer Frist von Parteiführern mit kurzsichtiger Tagespolitik abgelöst werden könnte.